**Stellungnahme der Gemeinde Dormettingen zum geplanten Fallschirm-Absetzplatz Waldhof**

Am 14.02.2022 erreichten erste Informationen das Rathaus Dormettingen, dass das Staatministerium Stuttgart Planungen verfolgt, einen Fallschirmabsetzplatz mit Start und Landebahn für kleine Flugzeuge auf der Staatsdomäne Waldhof einzurichten.

Obwohl zwischenzeitlich zwei digitale Infoveranstaltungen und eine offizielle Bürgerinformationsveranstaltung in Geislingen stattgefunden haben, liegen der Gemeinde Dormettingen bis heute keine verlässlichen Informationen vor, aus denen hervorgeht, aus welchen Gründen gerade die Staatsdomäne Waldhof als einzige Möglichkeit für die Umsetzung des Absetzgeländes gesehen wird.

Am 27. April fand eine Fallschirmsprungvorführung der KSK (Kommandospezialkräfte Calw) in Altshausen und eine Überflugvorführung im Bereich der Domäne Waldhof statt.

Bei diesen Vorführungen wurde deutlich, dass die Gemeinde Dormettingen und viele umliegende Gemeinden durch Geräuschemissionen der Flugzeuge betroffen sein werden.

Am 28.04.2022 stellte die BI Waldhof dem Gemeinderat ihre großen Bedenken in Bezug auf eine Ausweisung als militärisches Sicherheitsgebiet mit Verlust von 40-80 ha Ackerland vor.

In der Gemeinderatssitzung wurde sehr deutlich, dass auch der Gemeinderat Dormettingen die Bürgerinitiative Waldhof unterstützen wird.

Die Gemeinde Dormettingen fordert, dass seitens des Staatsministeriums Baden-Württemberg und seitens der Bundeswehr

1. neben der Staatsdomäne Waldhof auch andere Alternativen als Absetzgelände ernsthaft in einem transparenten und objektiven Verfahren geprüft und die Gutachten und Ergebnisse dieser Prüfungen sowie die der Entscheidung zu Grunde liegende Matrix der Öffentlichkeit voll umfänglich zugänglich gemacht werden und
2. noch offene Fragen in Bezug auf die Staatsdomäne Waldhof als Absetzgelände insbesondere zur landwirtschaftlichen Nutzung, zur Lärmbelästigung durch den Flugverkehr sowie zu den sonstigen Umwelt Auswirkungen möglichst rasch gutachterlich geklärt und gegenüber der Öffentlichkeit kommuniziert werden.
3. Der Gemeinderat beschließt die Stellungnahme auf der Homepage der Gemeinde und weiteren Medien zu veröffentlichen.

Derzeit kann weder die Gemeindeverwaltung noch die Gemeinderäte und vor allem auch nicht die Mitglieder der Bürgerinitiative Waldhof nachvollziehen, aus welchen Gründen die Staatsdomäne Waldhof als einziger Umsetzungsort für das Absetzgelände der KSK in Frage kommen soll.

Gleichzeitig wird sehr deutlich die intransparente Informationspolitik des Staatsministeriums kritisiert.

Anton Müller

Bürgermeister